

Rede
von Botschafter Matthias Höpfner
anlässlich des von Konrad-Adenauer-Stiftung und PanEuropa-Union Bulgarien
organisierten Medienfreiheit-Forums zum Thema „Medientransparenz“
(Sofia, 01.10.2013)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte zunächst den Veranstaltern, der PanEuropa-Union Bulgarien und der Konrad-Adenauer-Stiftung, herzlich für die Organisation dieses Forums danken. Vielen Dank auch dafür, dass Sie mir die Möglichkeit geben, dieses Forum mit einigen einleitenden Ausführungen zu eröffnen.

Warum ist der Mediensektor so wichtig, dass wir alle ihm so viel Aufmerksamkeit in diesem Forum widmen? Meine kurze Antwort ist: Der Mediensektor hat eine enorme Bedeutung für die Demokratie.

Wenn die Konzentration im Mediensektor zu hoch ist, wenn die Eigentumsverhältnisse intransparent sind, und wenn die Medien abhängig sind von einigen wenigen wirtschaftlich Einflussreichen und oligarchieartig Vernetzten, dann ist die Demokratie gefährdet.

Ich möchte etwas weiter ausholen, um das zu erklären.

Seit Demokratien größer sind als die Stadtstaaten der griechischen Antike, haben sie ein Problem. Demokratie bedeutet, dass das Staatsschiff nicht von einem Steuermann eigenmächtig gelenkt wird, oder von einer Gruppe von Offizieren auf der Brücke. Demokratie bedeutet, dass jeder das Recht haben muss, über den Kurs des Schiffes mitzuentcheiden.

Nicht jeder hat aber die Möglichkeit, sich selbst ein vollständiges Bild darüber zu machen, was auf der Brücke geschieht, wie es im Maschinenraum aussieht, wie die Wetterbedingungen sich entwickeln, welcher Navigator welche Fähigkeiten hat, oder welcher Kurs für das Schiff richtig ist.

Wer nicht selbst dabei ist, muss sich auf Vermittler verlassen können, und das sind – jedenfalls zu einem guten Teil – die Medien. Er muss sich darauf verlassen können, dass sie wahrheitsgemäß und nach bestem Wissen und Gewissen berichten, dass sie nichts manipulativ weglassen, nichts dazu erfinden oder tendenziös darstellen, und dass sie die "Schiffsführung" aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten.

Er muss auch wissen, wer die Menschen sind, die ihn mit Informationen von der Brücke versorgen. Und er muss sich sicher sein können, dass sie zu den Akteuren auf der Brücke eine

kritische Distanz halten und ihre Aktionen hinterfragen.

Medien sind das „Lebenselixier“ der modernen Demokratie. Nur mit Unterstützung der Medien kann die Demokratie funktionieren und ihre großen Vorteile voll ausspielen.

Der Autor der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson, hat das im Jahr 1787 so beschrieben:

*„Da die Basis unserer Regierungsform die Meinungen des Volkes sind, sollte unser erstes Ziel sein, diese informiert zu halten; und wäre es an mir zu entscheiden, ob wir eine Regierung ohne Zeitungen oder Zeitungen ohne eine Regierung haben sollten, würde ich keinen Moment zögern, das Letztere vorzuziehen.“
(Zitat Ende)*

Wenn die Vermittlung und Einordnung von politischen Vorgängen durch die Medien richtig funktioniert, wird sich selbst ein autokratisches oder oligarchisches politisches System irgendwann demokratisieren.

Wenn aber dieses nicht funktioniert, wird ein jedes Land seine demokratischen Errungenschaften nach und nach verlieren, auch wenn vielleicht eine demokratische Fassade bestehen bleibt.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns vor diesem Hintergrund einen gemeinsamen Blick auf einige bemerkenswerte Entwicklungen der Situation der Medien in Bulgarien werfen.

Die Medienlandschaft erscheint formal eigentlich gesund: Pro Kopf der Bevölkerung gibt es sehr viel mehr Fernsehsender, Radiostationen und Zeitungen als in Deutschland. Für ein Land mit einer Bevölkerung von ca. 7,5 Mio Einwohnern ist die Zahl der Medien beeindruckend. Und man muss ohne Wenn und Aber konstatieren: Die bulgarische Verfassung garantiert die Freiheit der Presse.

Aber Theorie und Praxis sind nicht immer dasselbe. Wer genauer hinsieht, entdeckt einige Entwicklungen, die nicht so gut sind. Sie geben uns durchaus Anlass zu einer gewissen Sorge.

Ich möchte vor allem auf die folgenden drei Probleme hinweisen, wie ich das früher bereits getan habe.

- Das Eigentum an Medienunternehmen liegt de facto in den Händen einiger weniger Unternehmer. Hinter dem bunten Blätterwald verbergen sich einige wenige Akteure, die jeweils

einen bunten Strauß von Zeitungen und anderen Medien kontrollieren.

- Die Eigentumsverhältnisse sind dabei oft nicht vollständig transparent. Es gibt natürlich die Registrierung, aber für Außenstehende ist oft nicht ersichtlich, wer hinter welchem Medium steckt, und vor allem wer die faktische Kontrolle ausübt.

- Es gibt in Bulgarien daher nur eine scheinbare Medienvielfalt. Wir haben gerade in der jüngsten Vergangenheit erlebt, dass ein bestimmtes Medium über eine aufregende Skandalgeschichte berichtet hat. Andere Medien haben sie aufgegriffen und ebenfalls darüber berichtet.

Das ist eigentlich eine ganz normale Erscheinung. Das gibt es auch in Deutschland jeden Tag. Alles sieht ganz normal aus.

Aber, und jetzt kommt der Haken: Wir erleben regelmäßig, dass über bestimmte Skandale prominent berichtet wird. Andere Geschichten fallen dagegen unter den Tisch. Sie kommen in den großen Medien überhaupt nicht vor.

Warum ist das so? Wenn man hinter die Kulissen blickt, meint man zu erkennen, dass die Blätter, die einheitlich über einen bestimmten Skandal berichten, oder einheitlich über eine

bestimmte Geschichte Stillschweigen bewahren, zur gleichen Mediengruppe gehören.

Offensichtlich wird regelmäßig die Themensetzung von oben bestimmt, orchestriert. Der einzelne Journalist hat darauf wenig Einfluss. Das ist schlecht und wirft ein ungutes Bild auf die Medienvielfalt im Lande.

Ich möchte ein weiteres Beispiel anführen:

Man hört gelegentlich, dass eine bestimmte Zeitung von einem Geschäftsmann gekauft worden ist, der keinerlei Erfahrung im Mediengeschäft hat. Sein Name taucht nach dem Kauf nie wieder auf.

Man hört außerdem gelegentlich, dass eine bestimmte Zeitung oder ein anderes Medium von Personen gekauft werden, bei denen sich niemand erklären kann, woher sie das Geld dafür haben.

Auch diese Beispiele machen die Gefahren für die Medienvielfalt in Bulgarien deutlich. Wenn man hinter die Fassade blickt, trifft man immer wieder auf eine kleine Zahl von Akteuren. Sie kontrollieren – jedenfalls de facto – den Medienmarkt auf eine monopolträchtige Art. Sie können eine Geschichte auf die

öffentliche Agenda setzen und dafür eine andere Geschichte totschweigen. Sie können auch eine Regierung quasi flächendeckend unterstützen, solange dies opportun ist, um dann plötzlich quasi einheitlich und gleichzeitig den Kurs zu ändern, um dann eine Regierung eines anderen politischen Spektrums quasi flächendeckend zu unterstützen.

Das ist heute die Realität in Bulgarien. Einige wenige Medienunternehmer, manche nennen sie auch „Medienmogule“, haben offenkundig die Möglichkeit, die öffentliche Meinung in Bulgarien maßgeblich zu beeinflussen. Sie verfügen dadurch über erheblichen politischen Einfluss. Dem können sich die staatlichen Institutionen kaum entziehen. Es besteht dann die Gefahr eines „Staates im Staat“. Den Medienunternehmen geht es dabei weniger um den eigenen wirtschaftlichen Erfolg, als vielmehr um die Mehrung der Besitzstände spezifischer Interessensgruppen.

Nur sehr wenige Qualitätsmedien stellen sich gegen diesen Trend der Meinungsbildungskonzentration, der intransparenten Eigentumsverhältnisse und gegen diese künstliche Inszenierung einer kritischen Medienöffentlichkeit.

Meine Damen und Herren,

Die Medienlandschaft ist in Bulgarien nicht nur durch die Einflussnahme einer kleinen Zahl von Eigentümern, beziehungsweise der sogenannten Medienmogule gekennzeichnet. Es gibt auch den Druck anderer Akteure auf die Berichterstattung in Bulgarien. Man kann sogar von einer „Kultur des Drucks“ oder besser noch „Unkultur des Drucks“ sprechen.

Die Kanäle dafür sind gut etabliert. Ein Anruf eines Politikers hier, ein Hinweis eines wichtigen Anzeigenkunden dort, und schon treten unangenehme Themen in der Berichterstattung in den Hintergrund.

Wir haben auch schon erlebt, dass bestimmte Skandalgeschichten einen besonders prominenten Platz in der Berichterstattung einnehmen, weil politische oder wirtschaftliche Konkurrenten betroffen sind. Ich möchte keine Namen nennen. Aber das trifft auch höchste Repräsentanten des Staates.

Das ist schon ein Zeichen für das Versagen des Systems. Viele Journalisten wissen, dass es diese Form des Drucks gibt. Sie wissen, welche Persönlichkeiten auf ihr Medium besonders effektiv Einfluss nehmen, Druck ausüben können. Sie beziehen

das in ihre Überlegungen ein, wenn sie entscheiden, worüber sie berichten.

Hier geht es um Selbstzensur, um die Schere im Kopf. Das gibt es. Und das ist sehr bedauerlich.

Eine von der „Association of European Journalists“ in diesem Jahr zum Thema „Medienfreiheit in Bulgarien“ unter 169 Journalisten durchgeführte Umfrage bestätigte diesen Befund. 87% der Befragten sind der Auffassung, dass die Einflussnahme auf den Inhalt journalistischen Materials in Bulgarien gängige Praxis sei. 30% der Befragten gaben zu, dass sie selbst regelmäßig Selbstzensur üben.

Das sind Zahlen, die zeigen, wie weit verbreitet dieses Phänomen ist.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch ein weiteres Problem ansprechen: Es geht um die bezahlte Berichterstattung.

Einige Medien haben die Praxis entwickelt, für Berichterstattung über bestimmte Organisationen und Ereignisse Geld einzufordern.

Gerade von den kleineren Parteien hören wir das immer wieder. Sie haben besonders im Vorfeld von Wahlen Probleme, ihre Vorstellungen einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Sie müssen nämlich – so hören wir – für jedes Interview bezahlen. Das können sie sich oft nicht leisten. Und wenn ihnen jemand die Mittel dafür zur Verfügung stellt, machen sie sich wiederum von dem Spender abhängig. Das ist nicht gut, und wurde übrigens so auch von den Wahlbeobachtern der OSZE bemängelt.

Außerdem bevorzugen einige private Firmen die Form eines Zeitungsartikels und verzichten darauf, eine traditionelle Anzeige zu schalten.

Die entsprechenden Artikel erscheinen dann im redaktionellen Teil der Zeitung, und der Leser oder Zuschauer muss den irrigen Eindruck gewinnen, dass ein Journalist sich objektiv und unvoreingenommen mit dem Thema befasst hat, bevor er sich dazu geäußert hat.

Das hat natürlich dann nichts mit objektiver Berichterstattung zu tun. Der Mediennutzer wird ganz bewusst getäuscht.

Aus diesem Grund ist diese Praxis in Deutschland und auch in vielen anderen Ländern schlicht und einfach verboten. Verstöße

dagegen werden streng sanktioniert.

Die Folge der genannten Probleme sind offensichtlich: Es findet eine kritikwürdige Verschmelzung von Akteuren der Politik, Wirtschaft und Medien statt. Die Meinungsvielfalt ist hierdurch beeinträchtigt, und einige wenige einflussreiche, wirtschaftlich mächtige Persönlichkeiten können die Meinungsbildung über Gebühr beeinflussen.

Der Bürger muss sich in einer Demokratie aber darauf verlassen können, dass die Medienmacher unabhängig und kritisch über das Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft berichten.

Meine Damen und Herren,

in letzter Zeit hörte man häufiger Klagen, dass die Regeln für die Aufsicht über das bis jetzt recht unabhängig berichtende Nationalfernsehen und das Nationalradio geändert werden sollten.

Man hört immer wieder die Vermutung, dass es dabei darum gehe, stärkeren politischen Einfluss auf diese Sender zu ermöglichen. Die Kritik kommt auch aus den Reihen des Parlaments. Und Zielscheibe der Kritik sei auch der Rat für elektronische Medien. Vielleicht werden wir dazu heute noch mehr hören.

Das stimmt nachdenklich. Es ist deswegen auch kein Wunder, dass sich diese Befunde auch in Analysen angesehener Nichtregierungsorganisationen niedergeschlagen haben. Sie vergleichen regelmäßig die Situation der Medien in verschiedenen Ländern.

In dem von der Vereinigung „Reporter ohne Grenzen“ in diesem Jahr veröffentlichten Ranking hat sich Bulgarien von Platz 35 im Jahr 2007, dem Jahr des EU-Beitritts, auf Platz 87 von insgesamt 179 Ländern stark verschlechtert. Mit seinem Ergebnis steht Bulgarien unter allen EU-Mitgliedsstaaten auf dem schlechtesten Platz.

Der „Freedom of the Press Report“ von „Freedom House“ ordnet die Situation der Presse in 196 Ländern in drei Kategorien ein – frei, teilweise frei, unfrei. Bulgarien erreicht darin nur den Status „Partly Free“.

Meine Damen und Herren,

das hier beschriebene Bild ist nicht so besonders positiv, keine Frage. Aktuell sehe ich allerdings auch Licht am Horizont. Die gegenwärtigen – im Moment eher abebbenden, aber seit Monaten anhaltenden - Proteste sind ein Zeichen für ein allmähliches

Erstarken der Zivilgesellschaft.

Das ist – ganz unabhängig von den dort erhobenen Forderungen – gut so. Die jungen Protestierenden, aber auch ein großer Teil der bulgarischen Bevölkerung verlangen u. a. auch nach unabhängigen, qualitativ hochstehenden Informationen.

Darauf haben die Bürger auch einen unbestreitbaren Anspruch. Medienfreiheit und -vielfalt sind nun mal Grundwerte der Europäischen Union und ein Grundrecht eines jeden EU-Bürgers. Und eine sich allmählich emanzipierende, aktive Zivilgesellschaft ist eng verbunden mit einem System freier und unabhängiger Medien. Letztlich geht das eine nicht ohne das andere.

Meine Damen und Herren,

das führt mich zu der Frage: Wer kann was tun, um die aktuelle Lage der bulgarischen Medien zu verbessern?

Aus meiner Sicht ist hier der Staat durchaus mit in der Pflicht. Jeder EU-Mitgliedstaat hat sich dazu verpflichtet, die Grundlagen einer vielfältigen und unabhängigen Medienlandschaft zu garantieren.

Und dies liegt ja nun auch im ureigensten Interesse von uns allen. Zahlreiche gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Probleme, wie z.B. Korruption oder Mängel im Justizsystem, all das kann erst dann zufriedenstellend gelöst werden, wenn eine unabhängige Presse regelmäßig kritisch darüber berichtet.

Nur so wird das Problembewusstsein aufgebaut, das nötig ist, um diese Probleme ernsthaft angehen zu können.

Allerdings müssen wir uns auch bewusst sein: Die Rolle des Staates bei der Regulierung der Presse sollte natürlich beschränkt sein. Der Staat sollte sich als Garant einer unabhängigen und vielfältigen Medienlandschaft darauf beschränken, gewisse Grundregeln aufzustellen.

Zu diesen Grundregeln gehören z. B. wirksame Gesetze gegen Medienkonzentration, d. h. Gesetze gegen unlauteren Wettbewerb und Anti-Kartell-Gesetze, Dazu gehören auch Regelungen zur Herstellung von Transparenz der Eigentumsverhältnisse und auch ein Verbot von nicht gekennzeichnete Werbung.

Ich möchte die Regelungen zur Herstellung von Transparenz der Eigentumsverhältnisse kurz als Beispiel herausgreifen:

In Deutschland müssen die Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse z. B. bei Zeitungen einmal pro Halbjahr veröffentlicht werden. Änderungen müssen unverzüglich bekanntgegeben werden. Dabei müssen die Verlage auch Art und Höhe der Beteiligung der einzelnen Gesellschafter bekanntgeben. Außerdem müssen sie erklären, an welchen weiteren Medien der Verlag oder seine Inhaber in welcher Form beteiligt sind.

So wird schnell klar, welche Medienunternehmen wie miteinander verbunden sind, und in Deutschland funktioniert dieses System recht gut.

Doch was passiert, wenn ein sogenannter „Strohmann“ zwar offiziell Inhaber eines bestimmten Mediums ist. Aber die Geschäftspolitik wird in Wahrheit von ganz anderen Personen bestimmt? Was passiert in einer solchen Situation?

Aus dem Wettbewerbsrecht sind zahlreiche Beispiele bekannt, wie monopolartige Strukturen oder Kartelle verschleiert werden können. Das ist immer ein natürlicher Reflex in monopolartigen Märkten. Man kann z. B. Strohleute einsetzen oder verschachtelte Offshore-Beteiligungen schaffen. So etwas ist im deutschen Recht ein Verstoß gegen die Pressegesetzgebung. Je nach Lage des Falles werden dafür Geldstrafen fällig. Sie können

bis zu 50.000 Euro betragen.

Außerdem kann ein Verstoß gegen die Impressumspflicht durch Strohmann-Registrierungen einen Wettbewerbsverstoß darstellen und kann nach den Vorschriften des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb geahndet werden.

Ich finde, das sollte auch in Bulgarien strenger praktiziert werden als bisher. Die Erhebung und Veröffentlichung aussagekräftiger Daten über Marktanteile im Mediensektor wäre gerade für Bulgarien ein begrüßenswerter Schritt. Bisher sind Daten über Marktanteile und Auflagen nur schwer zu erhalten. Auch ist ihr Zustandekommen nicht immer ganz klar und ganz transparent.

In Deutschland haben wir – unter anderem für diese Aufgabe – zusätzlich noch eine eigene Kommission gegründet, die sogenannte Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich, kurz KEK. Sie wurde 1997 ins Leben gerufen und ergänzt die allgemeine Kartellkontrolle im Fernsehsektor.

Mitglieder der KEK sind sowohl Sachverständige des Rundfunk- und Wirtschaftsrechts wie auch gesetzliche Vertreter der Landesmedienanstalten. Ihre Aufgabe ist es, über die Meinungsvielfalt im Fernsehen zu wachen und zu große

Konzentrationen zu vermeiden. Damit soll verhindert werden, dass ein Unternehmen oder eine Personengruppe eine vorherrschende Meinungsmacht erlangt.

Von einer zu großen Konzentration sprechen wir in Deutschland übrigens, wenn ein Unternehmen durch die Ausstrahlung seiner Programme und sonstige Aktivitäten in medienrelevanten verwandten Märkten im Jahresdurchschnitt einen Zuschaueranteil von 30% erreicht.

Vor einigen Jahren verhinderte die KEK zum Beispiel die Übernahme der Fernsehsendergruppe „ProSieben/Sat.1“ durch die einflussreiche Axel Springer AG in Deutschland.

Die Kommission prüft auch ganz konkret, wer hinter den jeweiligen Unternehmen steht. Sie versucht also, Strohmann-Registrierungen zu enttarnen und gegebenenfalls zu ahnden.

Außerdem sind die Informationen über die Zuschaueranteile der einzelnen Fernsehsender sowie die Beteiligungsverhältnisse an den Sendern für jedermann auf der Homepage der KEK einsehbar.

Ich denke, das ist ein Modell, das auch für Bulgarien interessant sein könnte. Wir sind gerne bereit, über unsere in Deutschland

gemachten Erfahrungen zu berichten und Experten zu vermitteln.

Meine Damen und Herren,

was die Pressefreiheit und die Medienvielfalt angeht, haben neben dem Staat natürlich primär die Journalisten und auch die Zivilgesellschaft eine große Verantwortung.

Bisher haben Zivilgesellschaft und Journalistenverbände in der Debatte um Medienfreiheit in Bulgarien noch nicht ausreichend die bestimmende Rolle gespielt, die ihnen in anderen EU-Staaten in diesen Fragen zukommt.

Es gibt zwar einen journalistischen Ethikkodex. Aber nach allem, was man hört, werden Verstöße gegen den Kodex oft nicht sehr effektiv sanktioniert. Manchmal werden sie gar nicht registriert. Die Selbstregulierung der Medien funktioniert wohl noch nicht ausreichend.

Allerdings gibt es auch hier mittlerweile eine Reihe von guten Ansätzen und Initiativen, wie z.B. die zuvor genannte Umfrage der Journalisten-Vereinigung AEJ zeigt. Das sind positive Ansätze und vielversprechende Wege.

All die genannten besorgniserregenden Zustände und Praktiken können nur beseitigt werden, wenn Journalisten dabei mitmachen und selbst aktiv werden.

Ich erkenne an, dass dieses für Journalisten in Bulgarien nicht immer einfach ist. Wer das Familieneinkommen aus seiner journalistischen Tätigkeit bezieht, muss im Extremfall die schwierige Entscheidung treffen. Er muss sich die Frage stellen, ob er ein dubioses Spiel mitspielt, oder ob er seine wirtschaftliche Zukunft aufs Spiel setzt.

Um so wichtiger ist es, dass kein Journalist mit dieser Entscheidung alleine gelassen wird. Er muss sich auf ein starkes Netzwerk verlassen können. Wir brauchen auch in Bulgarien ein System journalistischer Solidarität, das den individuellen Journalisten vor politischem und wirtschaftlichem Druck beschützt und jene kritisiert, die illegitim Druck auf Journalisten aufbauen.

Und wir dürfen auch die Macht der Zivilgesellschaft nicht vergessen. Ein jeder kann seine Macht als Verbraucher nutzen. Es ist für den Normalbürger zwar nicht immer ganz einfach, im Dschungel der Medienerzeugnisse die qualitativ hochwertigen zu finden oder herauszufinden, wer welches Medium kontrolliert.

Aber es ist heute im Zeitalter des Internets einiges möglich.

Ich kann nur jedem Bürger empfehlen, viele unterschiedliche Medien zu nutzen und die Inhalte und die Qualität von Medien kritisch zu hinterfragen. Dabei spielen die Online-Medien heute zweifellos eine wachsende Rolle.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf den europäischen Aspekt des Themas „Medienfreiheit“ eingehen:

Die richtigen Lösungen für die Probleme im Mediensektor müssen natürlich letztlich auf nationaler Ebene und mit Hilfe der jeweiligen Zivilgesellschaft gefunden werden.

Aber die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten sollten nicht müde werden, die Lage der Medien anzusprechen und Beratung und Unterstützung anzubieten, um konkrete Verbesserungen zu erreichen.

Die EU-Kommissarinnen Nelly Kroes und Viviane Reding sind bereits mit ihren Äußerungen zur Situation der Medien in Bulgarien, wie ich finde, mit gutem Beispiel vorangegangen.

In Bulgarien gibt es noch einen ganz spezifischen Aspekt: Die EU-Kommission sollte darüber nachdenken, wie sie die Transparenz der von ihr im Medienbereich ausgegebenen Gelder weiter erhöhen kann. Man hört gerüchteweise immer wieder über Missbräuche bei der Verwendung der von der EU-Kommission für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellten Mittel. Dies ist ein Bereich, wo die EU-Kommission meines Erachtens noch genauer hinschauen sollte.

Meine Damen und Herren,

als deutscher Botschafter vertrete ich ein Land, das mit dieser Region eng und freundschaftlich verbunden ist. Ich halte es für meine Pflicht, auf bestehende Probleme hinzuweisen. Das ist nicht oberlehrerhaft gemeint, sondern ein Zeichen der engen Verbundenheit mit meinem Gastland Bulgarien.

So ähnlich sehen das übrigens auch viele meiner Kollegen Botschafter aus anderen EU-Ländern.

Deutschland hat in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit einer Mischung aus journalistischer Selbstregulierung und staatlicher Regulierung gemacht.

Wir haben in der Vergangenheit bereits zahlreiche Beratungsangebote gemacht und Foren zu Medienthemen veranstaltet, damit die entscheidenden Akteure sich ein Bild machen können.

Mit „Wir“ meine ich damit eine Reihe von Akteuren aus Deutschland, nicht nur die rein staatlichen. Besonders die deutschen politischen Stiftungen haben sich hier, glaube ich, bereits gewisse Verdienste erworben.

Ich appelliere an all diese Gruppen und damit auch an Sie, liebe Gäste, dass Sie gemeinsam ihre Bemühungen noch weiter intensivieren. Das Thema ist wirklich wichtig. Defizite des Mediensystems gefährden nicht nur die Entwicklung der Demokratie, sie verletzen auch unsere gemeinsamen europäischen Werte.

Ich sagte schon zu Beginn: Oligarchieartig vernetzte Kreise haben einen natürlichen Reflex, die Medien immer stärker zu kontrollieren, und damit ihre wirtschaftlichen und politischen Besitzstände zu verteidigen. Aber das kann so natürlich nicht weitergehen.

Solange der Staat das hinnimmt oder es sogar befördert, herrscht "Slobodia". Dieses Wort stammt ursprünglich von dem klassischen Wort „swoboda“ – die Freiheit. Im System der „slobodia“ ist Freiheit zu einem anarchisch anmutenden Regelungsvakuum verkommen, in dem das "Recht des Stärkeren" gilt. Wir haben also nicht mehr „swoboda“, sondern „slobodia“.

Die gegenwärtige Krise zeigt, dass die Schicksale der EU-Mitgliedsstaaten zu eng untereinander verflochten sind, um einen solchen Zustand zu ignorieren. Unangebrachte Nachsicht mit Governance-Defiziten in einzelnen Mitgliedstaaten fällt schließlich auf die gesamte Gemeinschaft früher oder später zurück.

Der Vorwurf einer „Einmischung in innere Angelegenheiten“, der gelegentlich gegen politische Äußerungen von EU-Botschaftern erklingt – und ich kann davon ein Lied singen –, greift in der Tat zu kurz. In der EU gibt es eigentlich immer weniger innere Angelegenheiten der Mitgliedstaaten (von Ordensangelegenheiten einmal abgesehen!).

Um so mehr gibt es dagegen innere Angelegenheiten der Europäischen Union, und zu diesen sollte sich jeder EU-Bürger eine Meinung bilden und eine Haltung haben. Die deutsche

Haltung gegenüber de-facto-Defiziten im Bereich der Medienfreiheit und -unabhängigkeit ist jedenfalls klar.

Lassen Sie mich abschließend noch – und das halte ich für wichtig – auf die Verantwortung eines jeden Einzelnen von uns hinweisen. Durch Ihre heutige Anwesenheit zeigen Sie, dass Sie sich für die Freiheit der Medien einsetzen und sich Ihrer Verantwortung bewusst sind.

Ich möchte Sie ermutigen weiter zu machen. Hören und sehen Sie nicht weg, hinterfragen Sie, halten Sie das Thema Freiheit und Unabhängigkeit der Medien auf der Agenda! Das dient der Stärkung der Demokratie in diesem wunderschönen Land Bulgarien.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns allen eine interessante, spannende und vor allem nachhaltig wirksame Konferenz!

Vielen Dank.